

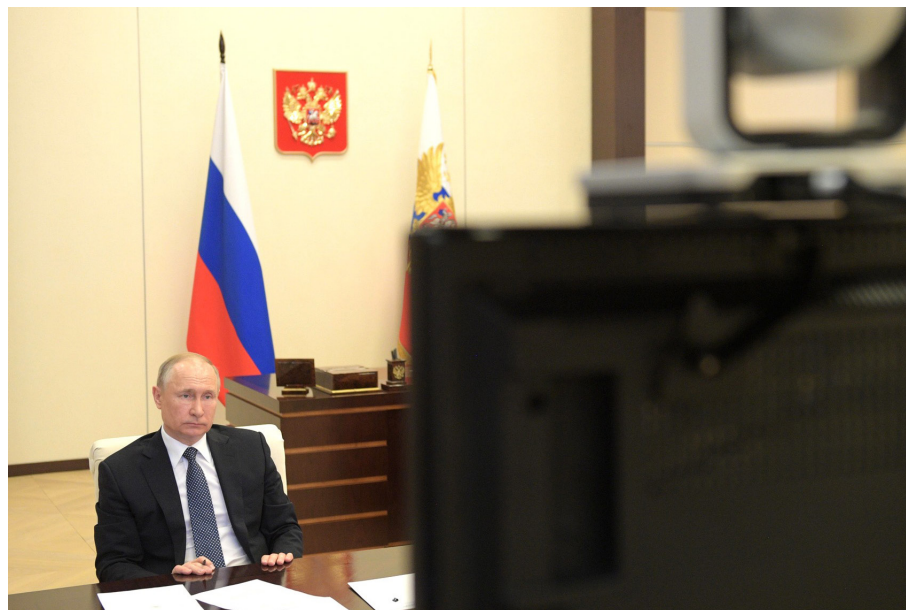
Virus im System: Russland und die Corona-Krise

Die Corona-Krise belastet Russlands Wirtschaft und bedeutet einen Stresstest für die Popularität des Regimes. Die russische Politik wird mit der Bewältigung der innenpolitischen Folgen der Pandemie über eine längere Zeit beschäftigt sein, was sich aussenpolitisch in einer stärker von wirtschaftlichen Überlegungen geleiteten Haltung niederschlagen könnte.

Von Jeronim Perović

Russland reagierte schnell: Bereits Ende Januar 2020 schloss es die Landgrenze zu China, nachdem Informationen über das Ausmass des Pandemieausbruchs in Wuhan bekannt geworden waren. Ende März machte die Regierung sämtliche Staatsgrenzen dicht und auch der Luftverkehr wurde komplett eingestellt. Trotz der strengen Massnahmen breitete sich das Virus auch in Russland aus. Am 2. März meldete die russische Regierung die erste offiziell registrierte COVID-19-Erkrankung. Einen Monat später schossen die Fallzahlen in rasantem Tempo in die Höhe. Ende Juni zählte das Land bereits über 600 000 Infizierte und rangierte bezüglich Fallzahlen hinter den USA und Brasilien weltweit auf dem dritten Platz.

Anders als der Präsident von Belarus, Alexander Lukaschenko, hat Russlands Präsident Wladimir Putin die Gefahr durch das Virus zwar nie geleugnet. Allerdings versuchte die russische Führung lange den Eindruck zu vermitteln, die Lage sei vollständig unter Kontrolle. Erst relativ spät, am 25. März, wandte sich Putin erstmals selbst in einer längeren Fernsehansprache an die Bevölkerung, um auf die Gefahren für Russland aufmerksam zu machen. Der Präsident forderte eine einwöchige Selbstisolation der Bevölkerung. Wichtige Veranstaltungen, so die Volksabstimmung zur Verfassungsreform und die Militärparade anlässlich der Siegesfeier am 9. Mai, wur-



Von seinem Amtssitz in Nowo-Ogarjowo ausserhalb von Moskau hält Präsident Wladimir Putin im April 2020 eine Videokonferenz zu den jüngsten Pandemie-Entwicklungen ab. *Kremlin.ru*

den verschoben. In den besonders stark betroffenen Landesteilen, namentlich in der Stadt Moskau, gingen die regionalen Behörden zum Teil deutlich weiter, indem sie einschneidende Restriktionen bis hin zu vollständigen Ausgangssperren anordneten.

Das wahre Ausmass der Krise versuchte die Regierung jedoch weiterhin etwa dadurch zu beschönigen, indem die offizielle Statistik auffallend niedrige Todeszahlen auswies.

Russland meldete Ende Juni über 9000 Tote, die an den Folgen von COVID-19 gestorben waren, was einer Sterblichkeitsrate von 1.4 Prozent entsprach. Damit lag die Rate deutlich tiefer als in den meisten anderen Ländern Europas oder in den USA, wo diese Ende Juni 5 Prozent betrug.

Die niedrige Todesrate versuchte Russland als Beleg für die «hohe Qualität» und damit letztlich die Überlegenheit des russi-

sehen Gesundheitssystems gegenüber dem Westen zu deuten, wie dies etwa Kremlsprecher Dmitri Peskow in einem Interview mit dem Fernsehsender CNN erklärte. Dabei war die tiefe Rate in Tat und Wahrheit darauf zurückzuführen, dass bei vielen an COVID-19 erkrankten Menschen als Todesursache «schwere Lungenentzündung» oder andere Erkrankungen angegeben wurde. Umfragen unter der Bevölkerung von Anfang April zeigen jedoch, dass rund die Hälfte der Russinnen und Russen den offiziellen Statistiken nicht trauten und von höheren Infektions- und Todeszahlen ausgingen.

Zwar ist das russische Gesundheitssystem nicht zusammengebrochen. Allerdings liessen sich schwerwiegende Mängel trotz staatlicher Propaganda nicht verheimlichen. Meldungen über mangelnde Schutzausrüstung, fehlende Beatmungsgeräte und zu wenig medizinisches Personal drangen vor allem über die sozialen Medien und unabhängige Nachrichtenportale an die Öffentlichkeit. Als ein lokaler Mufti Dagestans Mitte Mai auf die katastrophale Situation in seiner Republik hinwies, musste selbst Putin in einer im staatlichen Fernsehen übertragenen virtuellen Konferenz mit dagestanischen Behörden eingestehen, dass die Situation in dieser Nordkaukasusrepublik «kompliziert» sei und besonderer Aufmerksamkeit bedürfe.

Wirtschaftliche Folgen

Die Corona-Krise trifft die russische Wirtschaft in einem denkbar ungünstigen Moment. Diese ist seit 2014/15 aufgrund tiefer Erdölpreise und den westlichen Sanktionen angeschlagen und verzeichnete in den vergangenen drei Jahren nur moderate Wachstumszahlen. Gleichzeitig mit dem Beginn der Corona-Krise fiel der Ölpreis im März und April auf historische Tiefstände. Verantwortlich dafür waren die sinkende Nachfrage und ein globales Überangebot, das noch durch einen Streit um Produktionsmengen zwischen Russland und Saudi-Arabien im Rahmen der Koordination mit der Organisation ölexportierender Länder (sogenannte OPEC+) befeuert worden war. Erst im Mai pendelte sich der Preis wieder um die 40 USD für ein Barrel Öl ein. Das russische Staatsbudget, das sich zu gut einem Drittel aus Steuern auf den Erdöl- und Erdgasexport finanziert, benötigt mindestens diesen Richtwert, um den Staatshaushalt auszugleichen. Die finanziellen Möglichkeiten des Staates waren damit bereits vor Beginn der Krise ausgereizt und werden nun durch die Mehrausgaben, die in Form von Unter-

stützungsmassnahmen für die Wirtschaft und die Bevölkerung anfallen, nochmals strapaziert. Russlands Finanzminister Anton Siluanow machte denn auch bereits Anfang April deutlich, dass die «fetten Jahre» für Russlands Wirtschaft vorbei seien.

Tatsächlich zeichnen die Prognosen ein eher düsteres Bild: Besonders nachteilig dürfte sich auswirken, dass Russlands auf den Export ausgerichtete Industrie – und namentlich der Rohstoffsektor – aufgrund der erwarteten globalen Rezession und des anhaltend tiefen Erdölpreises auch in naher Zukunft mit geringen Einnahmen rechnen muss. In Übereinstimmung mit anderen Einschätzungen prognostiziert der Internationale Währungsfonds für das Jahr 2020 einen Einbruch der russischen Wirtschaftsleistung von über fünf Prozent.

Allerdings darf das Ausmass der Wirtschaftskrise auch nicht überzeichnet werden. Die russische Wirtschaft ist krisenerprobt. Anders als während der globalen Finanzkrise von 2008 und der Rezession von 2014/15 scheint Russland heute besser gerüstet, den durch den tiefen Erdölpreis und die Corona-Krise ausgelösten Doppelschock auszuhalten: Das Land hat geringe Auslandsschulden, grosse Währungsreserven sowie einen «Nationalen Wohlfahrtsfonds», in dem Werte im Umfang von rund zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes angehäuft sind. Einen beträchtlichen Teil dieses Staatsfonds hortet die russische Zentralbank in Form von Gold- und Währungsreserven. Diese Reserven sowie die strenge Sparpolitik der letzten Jahre dürften helfen, die negativen Effekte der Krise mindestens über eine gewisse Zeit abzufedern. Wenn das real verfügbare Einkommen der Bürgerinnen und Bürger mit Andauern der Krise weiter sinkt, dann könnte der unausgesprochene «Pakt» des Staates mit der Gesellschaft – Loyalität gegenüber dem Regime im Gegenzug für Sicherheit und Wohlstand – ins Wanken geraten. Um diesen zu sichern, wird der Druck zu mehr Ausgaben im öffentlichen Sektor kurz- bis mittelfristig eher noch zunehmen.

Innenpolitische Auswirkungen

Um noch grösseren Schaden für die Wirtschaft abzuwenden, haben denn auch verschiedene Regionen Russlands, darunter die am stärksten vom Virus betroffene Stadt Moskau, bereits Anfang Juni – und vermutlich auf Drängen des Kreml – Lo-

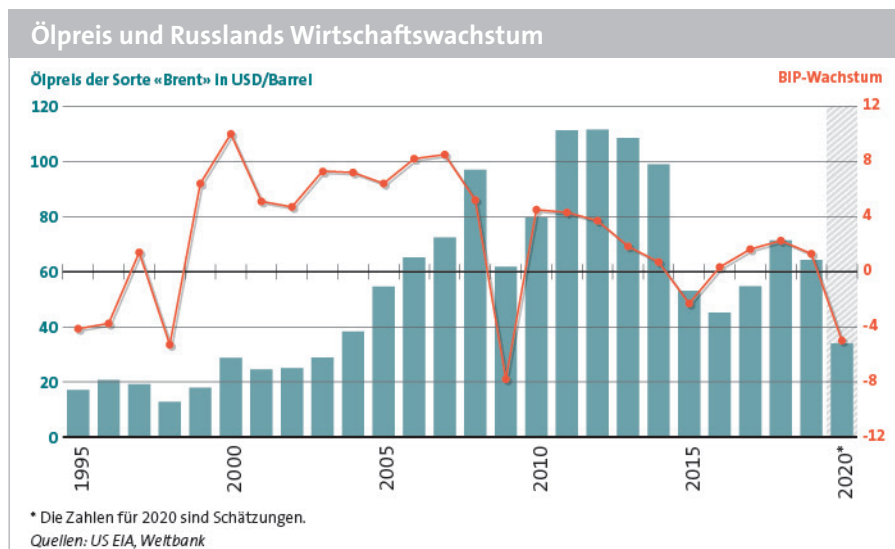
ckerungsmassnahmen eingeleitet. Das Kalkül dahinter ist auch politisch: Putin braucht die Unterstützung der Bevölkerung mit Blick auf das Referendum zur Verfassungsänderung vom 1. Juli. Diese erlaubt es ihm, für zwei weitere Amtszeiten als Präsident zu kandidieren. Zudem stehen 2021 Wahlen für die Staatsduma, das russische Parlament, an. Bereits in den Regionalwahlen im Herbst 2019 haben Kandidierende von Oppositionsparteien namentlich in Moskau Achtungserfolge gegenüber der Staatspartei «Einiges Russland» erzielen können. Trotz Einschränkung demokratischer Freiheiten stellen Wahlen noch immer die Legitimationsbasis des russischen Regimes dar und sind ausserdem ein Gradmesser für die Loyalität der Bevölkerung.

Dass sich Russlands autokratisches Regime im Umgang mit der Corona-Krise schwertut, zeigt sich in der Handhabung der Fallzahlen zu den COVID-19-Toten,

Russland scheint heute besser gerüstet, den durch den tiefen Erdölpreis und die Corona-Krise ausgelösten Doppelschock auszuhalten.

aber auch in den Versuchen der staatlichen Medien, die Mängel des russischen Gesundheitssystems herunterzuspielen oder gänzlich zu vertuschen. Russlands Umgang mit der Krise erlaubt aber auch tiefe Einblicke in das Funktionieren des russischen politischen Systems.

Russland ist per Verfassung ein föderal aufgebauter Staat und die Organisation des Gesundheitswesens liegt weitgehend in der Kompetenz der einzelnen Regionen, der heute insgesamt 85 «Föderationssubjekte». Allerdings hätte angesichts des Ausmasses der Krise und der Tatsache, dass das politische System in der Praxis hochgradig zentralisiert ist, erwartet werden können, dass sich das föderale Zentrum aktiver um eine landesweite Koordination der Massnahmen im Kampf gegen die Ausbreitung des Virus bemüht. Vor allem dürfte es die russische Bevölkerung erstaunt haben, dass ihr ansonsten allgegenwärtiger «Leader» in den ersten Wochen weitgehend abwesend war und die konkrete Handhabung der Krise der Regierung und den Exekutivvorstehern in den einzelnen Regionen überliess. Auch von der Ausrufung des nationalen Notrechts, das nur der Präsident verkünden kann und das Ausgangssperren im ganzen



Land ermöglicht hätte, sah Putin ab. Als die energischsten Führungskräfte traten demnach nicht Putin, sondern sein Regierungschef Michail Mischustin, mehr noch aber Moskaus Bürgermeister Sergei Sobjanin in Erscheinung.

Dass sich Putin zunächst weitgehend fernhielt und erst ab Mitte April aktiver in Erscheinung trat, kann als Ausdruck offensichtlichen Unbehagens des Präsidenten mit dieser Art von Krise gedeutet werden. Für einmal war Russland mit einem Problem konfrontiert, für das sich nicht so einfach ein äusserer oder innerer «Feind» verantwortlich machen liess. In der Rolle des Verkünders schlechter Nachrichten fühlt sich Putin ohnehin unwohl. Anstatt Verantwortung zu übernehmen – und dann für mögliche Fehler haften zu müssen – delegierte er Kompetenzen zur Bekämpfung der Pandemie nach unten. Putin hat die Erwartungshaltung der russischen Bevölkerung mit seinem Verhalten aber enttäuscht: Gemäss Umfragen des unabhängigen Levada-Zentrums von Ende April sind seine Zustimmungsraten erstmals seit Beginn seiner ersten Amtszeit als Präsident auf unter 60 Prozent gefallen. Mit der Arbeit der russischen Regierung waren im gleichen Zeitraum sogar weniger als die Hälfte der Befragten zufrieden.

Bedeutung für die Aussenpolitik

Zu Beginn versuchte Russland aus der globalen Pandemie aussenpolitisches Kapital zu schlagen, indem Moskau zahlreichen Staaten Hilfe im Kampf gegen die Pandemie anbot. So lieferte Russlands Militär Corona-Testausrüstung, Masken und

Schutzgüter unter anderem an Italien, Serbien und sogar an die USA und inszenierte diese Hilfe medienwirksam als selbstlosen Akt des guten Willens. Parallel zur Hilfskampagne verstärkte Russland über die Staatsmedien und andere Kanäle seine Desinformationskampagne, um – ähnlich wie China oder Iran – die Krise im Systemkampf mit dem Westen zu seinem Vorteil zu nutzen. Typisch war etwa die von einem russischen Nachrichtenportal verbreitete Falschmeldung, das Virus sei eine von der NATO hergestellte Waffe, um andere Länder zu schwächen.

Mit zunehmender Ausweitung der Krise innerhalb Russlands traten solche Argumente im innenpolitischen Diskurs allerdings immer stärker in den Hintergrund. Die im Staatsfernsehen übertragenen Live-Diskussionen Putins mit Regierungsmitgliedern oder den Gouverneuren drehten sich im Wesentlichen um technische Massnahmen, oder es wurde über die Ausgestaltung der Unterstützung für russische Unternehmen und Hilfe an die Bevölkerung gesprochen. Damit waren die Diskussionen innerhalb Russlands denjenigen in anderen europäischen Ländern nicht unähnlich. Aussenpolitische und geopolitische Überlegungen traten deutlich in den Hintergrund.

Die Vorrangstellung innerer wirtschaftlicher und sozialer Angelegenheiten wirkte sich auch auf Russlands Umgang mit den Ländern der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAEU) aus. Als Russland die Grenzen

zu seinen Nachbarn abriegelte, wurde klar, dass in Zeiten der Krise auch von Russland Solidarität nur bedingt erwartet werden konnte. Die Grenzschiessungen führten nicht nur zu Einschränkungen des Warenverkehrs, sondern im Fall Zentralasiens etwa auch dazu, dass zehntausende Arbeiterinnen und Arbeiter nicht nach Russland einreisen konnten, um bei der Einbringung der Ernte zu helfen. Das bringt nicht nur Russlands Landwirtschaft in Not, sondern führt auch zu Problemen in Zentralasien, dessen Wirtschaft in hohem Masse von den Geldüberweisungen von Arbeitsmigrantinnen und -migranten abhängt. Russland wird auch in Zukunft an der EAEU festhalten und die Integration weiterführen, doch das Verhalten in der Krise hat auch gezeigt, dass dieses Unionsprojekt, das Russland bisher vor allem aus geopolitischen Überlegungen vorangetrieben hat, angesichts der eigenen wirtschaftlichen Probleme derzeit zweitrangige Bedeutung hat.

Die internationalen Begleiterscheinungen der Pandemie haben Moskau vor allem eines vor Augen geführt: Russland verfügt zwar weiterhin über genügend Macht und Mittel, um regional Einfluss zu nehmen und punktuell auch in globalen Konfliktsituationen – etwa in Syrien, Libyen oder Venezuela – eine Rolle zu spielen. Auf die Ausgestaltung der internationalen Ordnung kann das Land angesichts limitierter wirtschaftlicher und finanzieller Ressourcen aber nur beschränkt einwirken. Vor allem die USA und die aufstrebende Supermacht China gestalten die Weltordnung. Eine Zunahme der Spannungen zwischen

Russlands Umgang mit der Krise erlaubt tiefe Einblicke in das Funktionieren seines politischen Systems.

den USA und China ist aus russischer Sicht allerdings nur bedingt vorteilhaft. Eine amerikanisch-chinesische «Bipolarität» als neues globales Ordnungsmerkmal entspricht nicht der Vorstellung einer multipolaren Welt, wie sie Moskau im Kern bereits seit den frühen 1990er-Jahren anstrebt.

Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass Moskau zwar an der «strategischen Partnerschaft» mit Peking festhalten wird, jedoch vermeiden möchte, über eine wachsende wirtschaftliche Abhängigkeit zu Chinas Juniorpartner zu werden. Stattdes-

sen darf davon ausgegangen werden, dass Russland seine Bemühungen um den Ausbau der Beziehungen zu anderen regionalen Machtzentren in Asien, namentlich In-

Russlands Fokus auf die Lösung innenpolitischer Probleme dürfte den Befürwortern einer pragmatischen Aussenpolitik Auftrieb verleihen.

dien und Japan, verstärken wird. Der Logik dieser Ausgleichspolitik folgend dürfte Russland auch die Annäherung an Europa, den nach wie vor wichtigsten Handels- und Wirtschaftspartner, suchen. Ob damit auch mehr Konzessionsbereitschaft in der Ukrainefrage zu erwarten ist, lässt sich zu diesem Zeitpunkt schwer abschätzen. Russlands Fokus auf die Lösung innenpolitischer Probleme dürfte im Zuge der Corona-Krise aber an Gewicht gewinnen und denjenigen Kräften innerhalb der russischen Elite Auftrieb verleihen, die für eine pragmatische, auf Kooperation und wirtschaftliche Interessen beruhende Linie in der Aussenpolitik eintreten.

Ausblick

Angesichts wirtschaftlicher und sozialer Folgen der Corona-Krise ist derzeit schwierig zu sehen, wie Putin daraus als Gewinner hervorgehen kann. Seine Machtstellung war schon vor Corona weitgehend konsolidiert. Hält die Krise in Russland über längere Zeit an, dann dürfte der Unmut in der

Bevölkerung zunehmen. Ein Umsturz ist dennoch nicht zu erwarten. Die Bevölkerung sieht nach wie vor keine konkreten Alternativen zu Putin und es fehlt in Russland an einer geeinten und organisierten Opposition. Zudem kann das Regime trotz der Unzufriedenheit einer signifikanten Minderheit noch immer auf die Unterstützung einer Bevölkerungsmehrheit zählen. Dazu gehören nicht zuletzt die vielen im Staatssektor beschäftigten Personen – rund ein Drittel aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – oder die von staatlichen Leistungen abhängigen sozialen Gruppen, namentlich Pensionierte. Gerade diese erfuhren im Zuge der Krise bisher auch am meisten staatliche Unterstützung und werden sich deshalb kaum vom Staat abwenden.

Das Verhalten der Führung in der Krise spiegelt aber die Unsicherheiten eines Regimes wider, dessen Macht bis vor Kurzem unantastbar schien. Die Tatsache, dass auch in Zeiten der Krise gesellschaftliche Kritik bis zu einem gewissen Grad möglich war, macht zudem deutlich, dass Russland nicht China ist. Die Absenz Putins hat eine für Russland ungewohnte Vielstimmigkeit an den Tag befördert und gezeigt, dass Russlands politische Eliten fragmentierter sind als gemeinhin angenommen. Die genauen Interessenlagen und die Machtposition der einzelnen Elitegruppen im System sind zwar schwierig zu bestimmen. Innerhalb der Regierung oder aus

den Reihen der mächtigen Wirtschaftsvertreter lassen sich derzeit vor allem diejenigen Stimmen vernehmen, die für einen pragmatischen und wirtschaftsorientierten Kurs eintreten. Dennoch wirken im Hintergrund nach wie vor auch andere Gruppen – vor allem aus Kreisen des Geheimdienstes und des Sicherheitsapparats –, die in erster Linie am Erhalt des Bestehenden interessiert sind und für eine noch stärkere Kontrolle der Gesellschaft, etwa durch Ausbau der staatlichen Überwachungssysteme, eintreten, um so jegliche oppositionelle Rührungen bereits im Keim ersticken zu können.

Welche Richtung die weiteren Entwicklungen nehmen, hängt nicht nur von diesen inneren Faktoren ab, sondern auch von der Reaktion des Westens – und vor allem Europas. Vielleicht bietet sich die Krise auch als Chance für konstruktiven Dialog und die Überwindung bestehender Spannungen an.

Für mehr zu sicherheitspolitischen Implikationen der Corona-Krise, siehe [CSS Themenseite](#).

Jeronim Perović ist Professor an der Universität Zürich und Leiter des Center for Eastern European Studies (CEES).